

Stenographischer Bericht

1. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

V. Periode — 11. April 1961.

Inhalt:

Eröffnung der 1. Landtagssitzung:

1. Präsident Wallner begrüßt die neu gewählten Mitglieder des Landtages (1).
- Bestellung der provisorischen Schriftführer (1).
- Angelobung der neu gewählten Mitglieder des Steiermärkischen Landtages (1).

Wahlen:

- Wahl des 1. Präsidenten (2).
- Wahl des 2. Präsidenten (3).
- Wahl des 3. Präsidenten (3).
- Wahl von 4 Schriftführern (3).
- Wahl von 4 Ordnern (3).

Parteienerklärungen:

Redner: Abg. Franz Leitner (3), 3. Landtagspräsident Dr. Anton Stephan (7), Landesrat DDr. Alfred Schachner-Blazizek (8) und Abg. Dr. Richard Kaan (9).

Wahl des Landeshauptmannes:

Wahlvorschlag des Landesrates Ferdinand Prirsch (10).
Wiederwahl des Abg. Josef Krainer zum Landeshauptmann (10).

Wahl der übrigen Landesregierung:

Verlesung der Wahlvorschläge durch den Präsident Karl Brunner (10).

Wahl des Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren, des Abgeordneten Ökonomierat Ferdinand Prirsch, des Dipl.-Ing. Tobias Udier und des Franz Wegart (alle ÖVP).

Wahl des Abgeordneten Fritz Matzner, der Abgeordneten Maria Matzner, des Abgeordneten DDr. Alfred Schachner-Blazizek und des Abgeordneten Adalbert Sebastian (alle SPÖ) (10).

Erklärung des Landeshauptmannes Josef Krainer (11).

Wahl der vom Bundesland Steiermark in den Bundesrat zu entsendenden Mitglieder (15).

Wahl der Ausschüsse des Landtages (15).

1. Präsident **Wallner**: Hoher Landtag! Mit der heutigen Sitzung beginnt die V. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages nach dem Wiedererstehen der Republik Österreich.

Gemäß § 11 Abs. 2 der Landesverfassung hat der Präsident des bisherigen Landtages den neugewählten Landtag einzuberufen, die Angelobung der Abgeordneten entgegenzunehmen und die Wahl des Vorstandes des neuen Landtages zu leiten.

Ich eröffne die 1. Sitzung des neuen Landtages und gestatte mir, alle Erschienenen herzlich zu begrüßen.

Es obliegt mir, zunächst vier Abgeordnete zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer zu berufen.

Ich berufe die Abgeordneten Matthias Krempl, Franz Koller, Vinzenz Lackner und Hans Bammer zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer.

Nach § 11 der Landesverfassung und § 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat jeder Abgeordnete in der 1. Landtagssitzung, an der er teilnimmt, auf die Aufforderung des Vorsitzenden bei Namensaufruf durch die Worte: „Ich gelobe“ unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, dann stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten zu geloben.

Ich ersuche den Schriftführer Herrn Abgeordneten Matthias Krempl, zum Präsidententisch zu kommen, die Angelobungsformel und sodann die Namen der Abgeordneten zu verlesen.

Die Herren Abgeordneten ersuche ich, nach Namensaufruf die Angelobung durch die Worte „Ich gelobe“ zu leisten.

(Verlesung der Angelobungsformel durch den Abgeordneten Matthias Krempl.)

(Mit den Worten „Ich gelobe“ leisten folgende Abgeordnete die Angelobung:)

Afritsch Anton, Dr. Aßmann Emmerich, Bammer Hans, Berger Ferdinand, Brandl Gottfried, Brandl Hans, Brunner Karl, Edlinger Peter, Egger Edda, Fellingner Johann, Gruber Josef, Hegenbarth Josef, Heidinger Gerhard, Hofbauer Bert, DDr. Hueber Alois Friedrich, Ileschitz Franz, Dr. Kaan Richard, Klobasa Alois, Ing. Koch Hans, Koller Franz, Dr. Koren Hanns, Krainer Josef, Kraus Franz, Krempl Matthias, Lackner Karl, Lackner Vinzenz, Lafer Alois, Leitner Franz, Lendl Hella, Matzner Fritz, Matzner Maria, Neumann Johann, Pabst Johann, Dr. Pittermann Josef, Pölzl Heribert, Prenner Karl, Prirsch Ferdinand, Dr. Rainer Alfred, DDr. Schachner-Blazizek Alfred, Scheer Franz, Schlager Josef, Sebastian Adalbert, DDr. Gerhard Stepantschitz, Dr. Stephan Anton, Stöffler Josef, Wurm Fritz, Zagler Anton, Zinkanell Josef.

Es haben nun alle anwesenden Landtagsabgeordneten die vorgeschriebene Angelobung geleistet.

Mit der Einladung zu dieser Sitzung habe ich allen Mitgliedern des Hohen Hauses die heutige Tagesordnung bekanntgegeben.

Ich nehme die Zustimmung zu dieser Tagesordnung an, wenn kein Einwand erhoben wird.

Es wird kein Einwand vorgebracht.

Nach § 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist jede Wahl im Landtag mittels Stimmzettel vorzunehmen, sofern nicht einstimmig eine Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Ich schlage vor, nur die Wahl des Herrn Landeshauptmannes mit Stimmzetteln, die übrigen Wahlen durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben.

Der Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Wir beginnen mit der

Wahl des Landtagspräsidenten.

Ich ersuche einen Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, einen Vorschlag für die Wahl des 1. Landtagspräsidenten zu erstatten.

LH. Krainer: Für die Wahl des 1. Landtagspräsidenten schlage ich den Abg. Karl Brunner vor.

1. Präsident Wallner: Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben.

Ich stelle fest, daß der bisherige Landesrat Karl Brunner zum Präsidenten des Steiermärkischen Landtages gewählt wurde.

Ich frage nun den neugewählten 1. Landtagspräsidenten unter Beziehung auf seine als Abgeordneter geleistete Angelobung, ob er die Wahl annimmt.

LR. Karl Brunner: Ich nehme die Wahl an.

1. Präsident Wallner: Ich gratuliere dem neugewählten 1. Landtagspräsidenten zu seiner Wahl und wünsche ihm als Vorsitzenden der steirischen Landesgesetzgebung eine erfolgreiche Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Bevor ich den neugewählten Landtagspräsidenten ersuche, den Vorsitz zu übernehmen, möchte ich es nicht unterlassen, allen Abgeordneten des Steierischen Landtages für die mir in meiner langjährigen Tätigkeit als Vorsitzender dieses Landtages geleistete Unterstützung aufrichtig zu danken.

Im Jahre 1960 wurde ich durch das Vertrauen der Obmänner der Österreichischen Landesbauernbünde zum Bundesobmann des Österreichischen Bauernbundes gewählt.

In dieser Eigenschaft bin ich Mitglied der Führungsgremien der Österreichischen Volkspartei in Wien und auch Mitglied des Koalitionsausschusses.

Da ich mich in dieser Aufgabenstellung ständig mit allen jenen Fragen beschäftigen muß, die in der Bundesregierung und im Nationalrat zur Austragung kommen, habe ich das Angebot unseres Bundesparteiobmannes, ein freiwerdendes Nationalratsmandat in Wien zu übernehmen, angenommen.

Dies ist der Grund, warum ich für den steirischen Landtag nicht wieder kandidiert habe.

Ich danke nun nochmals allen Abgeordneten, vor allem aber auch meinem engeren Mitarbeiterstab im Präsidialbüro, für die tatkräftige Unterstützung, durch die es mir wesentlich erleichtert wurde, den Obliegenheiten eines Vorsitzenden des Landtages nachzukommen.

Ich wünsche, daß der steirische Landtag im Interesse unseres Heimatlandes auch in der Zukunft fruchtbringende Arbeit leisten möge. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Ich bitte nun den neugewählten Landtagspräsidenten, den Vorsitz zu übernehmen. (Erneut anhaltender Beifall.)

1. Präsident Karl Bruner: Hoher Landtag! Ich gestatte mir, allen Abgeordneten des Hohen Hauses für das mir durch die Wahl zum 1. Landtagspräsidenten zum Ausdruck gebrachte Vertrauen herzlich zu danken.

Es wird mein Bestreben sein, meine sich aus dieser Wahl ergebenden Obliegenheiten in objektiver und sachlicher Form auszuüben und zu versuchen, das Vertrauen, das Sie mir durch diese Wahl erwiesen haben, zu rechtfertigen.

Ich bitte Sie jedoch, mir die Ausübung meines Amtes dadurch zu erleichtern, daß Sie stets der Würde des Steiermärkischen Landtages und der Verantwortung, die Sie der Bevölkerung gegenüber zu tragen haben, eingedenk bleiben. Dann wird der Steiermärkische Landtag auch weiterhin in der Lage sein, die ihm zukommenden Aufgaben zum Wohle unseres Volkes zu vollbringen. (Starker Beifall des Hauses.)

Hoher Landtag! Bevor wir mit der Erledigung der heutigen Tagesordnung fortfahren, möchte ich dem aus dem Steiermärkischen Landtag scheidenden bisherigen 1. Präsidenten Ökonomierat Josef Wallner einige Worte widmen.

Ökonomierat Josef Wallner gehörte schon vom November 1934 bis zum Jahre 1938 dem Steiermärkischen Landtag als Abgeordneter an.

In der 1. Sitzung der I. Periode des Steiermärkischen Landtages nach dem zweiten Weltkrieg am 12. Dezember 1945 zog Wallner wieder als Abgeordneter in den Steiermärkischen Landtag ein, dem er seither ununterbrochen angehört. Mit einer rund einjährigen Unterbrechung war Wallner seit Dezember 1945 auch 1. Präsident des Steiermärkischen Landtages:

Vom Jahre 1947 an gehörte Wallner auch dem Kuratorium der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark als Mitglied bzw. Oberkurator an.

Wallner war jedoch auch während der ersten beiden Landtagsperioden Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied des Landeskulturausschusses, des Finanzausschusses, des Gemeinde- und Verfassungsausschusses und des Bäuerlichen Fortbildungsschulrates.

Schon aus dieser kurzen Schilderung ist zu ersehen, daß sich Ökonomierat Josef Wallner große Verdienste um unser Land erworben hat. Ganz besonders ist jedoch hervorzuheben, daß Wallner das schwierige und verantwortungsvolle Amt als 1. Präsident des Steiermärkischen Landtages mit größtem Geschick und Einfühlungsvermögen ausübte. Stets hat er in absolut objektiver Weise und in strenger Sachlichkeit den Vorsitz im Landtag geführt und dadurch wesentlich dazu beigetragen, daß im Steiermärkischen Landtag fruchtbare Arbeiten geleistet werden konnten.

Ich erlaube mir daher, dem mit heutigem Tage aus dem Landtag scheidenden 1. Präsidenten Ökonomierat Josef Wallner namens des Steiermärkischen Landtages für seine aufopferungsvolle und erfolgreiche Tätigkeit zum Wohle unseres Landes den aufrichtigsten Dank auszusprechen. (Allgemein sehr freundlicher Beifall begleitet den den Sitzungssaal verlassenden bisherigen 1. Präsidenten.)

Wir kommen nun zur Wahl des 2. Landtagspräsidenten, und ich ersuche einen Abgeordneten der Sozialistischen Partei Österreichs, einen Vorschlag zur Wahl des 2. Landtagspräsidenten zu erstatten.

DDr. Schachner-Blazizek: Ich schlage den Abg. Anton Afritsch für die Wahl zum 2. Landtagspräsidenten vor.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche nun den 2. Landtagspräsidenten Herrn Abgeordneten Anton Afritsch unter Bezugnahme auf die von ihm als Abgeordneter geleistete Angelobung zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Afritsch: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Ich ersuche nun einen Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs, einen Vorschlag für die Wahl des 3. Landtagspräsidenten zu erstatten.

Abg. Scheer: Ich schlage zur Wahl des 3. Landtagspräsidenten den Abgeordneten Dr. Stephan vor.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Ich ersuche den 3. Landtagspräsidenten Herrn Abgeordneten Dr. Anton Stephan unter Beziehung auf seine als Abgeordneter geleistete Angelobung zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Dr. Stephan: Ich nehme an.

Wir kommen nun zur Wahl der Schriftführer.

Nach § 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wählt der Landtag aus seiner Mitte 4 Schriftführer.

Ich ersuche die Abgeordneten der ÖVP, die Schriftführer namhaft zu machen.

Abg. Pirisch: Namens der ÖVP schlage ich die Abgeordneten Franz Koller und Matthias Krempf vor.

Präsident: Ich bitte, von der SPO die Schriftführer namhaft zu machen.

Abg. DDr. Schachner-Blazizek: Namens der SPO schlage ich die Abgeordneten Hans Brandl und Hella Lendl vor.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die mit der Wahl dieser 4 Abgeordneten zu Schriftführern des Steiermärkischen Landtages einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Nach § 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wählt der Landtag aus seiner Mitte 4 Ordner.

Hiefür wurden folgende 4 Abgeordnete namhaft gemacht:

Von der ÖVP: Karl Lackner, Johann Pabst;
von der SPO: Anton Zagler, Vinzenz Lackner.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit der Wahl dieser 4 Abgeordneten zu Ordnern des Steiermärkischen Landtages einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen. Ich ersuche nun um die Erklärungen der Parteien.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! Wollte man den Worten des Herrn Landeshauptmannes Glauben schenken, so müßte man den Eindruck gewinnen, daß er sich stets dagegen wehrt, daß irgend jemand aus der Arbeit anderer ungerechtfertigte Vorteile zieht. Er tut so, als sei seine Hauptsorge, daß sich keine Klasse, kein Stand auf Kosten des anderen Privilegien aneignet. Er will den Anschein erwecken, er sei der Landeshauptmann für alle Steirer.

Landesrat Dr. Schachner-Blazizek, der Landesparteivorsitzende der SPO, eifert dem Herrn Landeshauptmann Krainer nach. Er drückte in einem Schreiben an alle Steirer den Gedanken aus, er werde alles dazu beitragen, damit jedem Menschen in unserem Lande unterschiedlos Gerechtigkeit zuteil werde.

Beide Mandatare stehen schon seit Jahren an führender Stelle unseres Landes. Man braucht nur ihre auf den ersten Blick schön klingenden Worte von der gleichmäßigen Bevorzugung aller Steirer im Zusammenhang mit dem Ergebnis ihrer Tätigkeit bringen, um sofort zu erkennen, daß sich hinter dem Gerede von der Gleichheit die krasseste Ungerechtigkeit verbirgt, daß das Gerede vom Landesvater, der sich gleichermaßen für alle Landeskinder einsetzt, nur die Tatsache verschleiern soll, daß die ÖVP in Wirklichkeit im Auftrage und im Interesse der Großkapitalisten und der Großgrundbesitzer dafür sorgt, daß deren Privilegien unangetastet bleiben und sich ihre Profite auf Kosten des arbeitenden Volkes mehren. Besonders tragisch ist, daß die SP-Führung mit ihrer Politik der Verwischung der Klassegegensätze den Kapitalisten hilft, die Politik der Klassenherrschaft leichter auszuüben.

Als kommunistischer Abgeordneter erkläre ich hier ganz offen, daß ich im Gegensatz zu den angeführten Stellungnahmen der führenden Mandatare der ÖVP und SPO nicht die Interessen aller Bürger unseres Landes vertreten werde, weil man das nicht kann. Man kann nicht für die Arbeiter sein, ohne den Kapitalisten weh zu tun und umgekehrt. Ich werde also nur die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Intellektuellen, der kleineren und mittleren Bauern und der übrigen werktätigen Schichten unseres Landes vertreten, aber nicht die der Kapitalisten. Wir vertreten jene Schichten, denen trotz jahrelanger Konjunktur, trotzdem sie alle Werte unserer Gesellschaft schaffen, ein größerer Anteil am Sozialprodukt verweigert wird, denen nicht einmal ihr Arbeitsplatz dauernd gesichert ist, von denen viele Tausende keine eigene Wohnung und erst recht keine den modernen Erfordernissen entsprechende Wohnung mit einem sozialen Miet-

zins ihr eigen nennen können und deren Kinder in ihrer übergroßen Mehrheit nicht die Möglichkeit haben, eine ihren Fähigkeiten und Talenten entsprechende Schulbildung zu genießen.

Ich werde im Landtag die Klasseninteressen der Arbeiterschaft und die Interessen der anderen werktätigen Schichten vertreten, die offensichtlich von den Verantwortlichen unseres Landes nicht „gleich“ behandelt, sondern benachteiligt wurden und werden.

Nach dem Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes ist im Jahr 1960 die Produktion um weitere 9,6% gestiegen, die Leistung jedes einzelnen um 7%. Es wurde in Österreich noch nie so viel Stahl erzeugt und Erz gefördert, es waren noch nie so viele Menschen beschäftigt. Aber wie steht es mit der gerechten Verteilung der Werte? Während die Profite der Kapitalisten gigantische Höhen erklimmen und die Behörden dazu übergegangen sind, die Anzahl der Millionäre zu verschweigen, während der Index der Aktienkurse seit 1953 um 600% gestiegen ist, stiegen die Reallöhne der Arbeiter und Angestellten im Jahr um durchschnittlich 2 Prozent und viele Arbeiter und Arbeiterinnen haben nicht einmal den vom Gewerkschaftsbund als Lohnminimum festgelegten Lohn von 1425 Schilling. Große Schichten, wie die öffentlichen Angestellten, haben seit 1957 keine Lohn- bzw. Gehaltserhöhung bekommen, trotz Preis- und Leistungssteigerungen. Und da wird behauptet, daß es keine Ausbeutung, das heißt, keine ungerechtfertigte Aneignung der Arbeit anderer gibt.

Trotz Hochkonjunktur und trotz aller Versprechungen und Ehrungen ist die Lage unserer Bergarbeiter im steirischen Kohlenbergbau besorgniserregend. Durch Einschränkung der Förderung ging die Produktion von Braunkohle in Steiermark von 4,16 Millionen Tonnen im Jahr 1957 auf 3,4 Millionen Tonnen 1960 zurück. Die Produktion soll weiter gedrosselt werden. Es gibt heute bereits um 1705 Arbeiter weniger im steirischen Kohlenbergbau. Der Bergbau Ratten wurde eingestellt und weitere Einstellungen sollen folgen.

Begründet werden diese Maßnahmen von den verantwortlichen Politikern der Regierungsparteien mit einer Strukturänderung auf dem Gebiete der Energiewirtschaft. Das stimmt nur zum Teil. Zugleich steigt der Verbrauch aller energieerzeugenden Stoffe, wird auch die Erzeugung von elektrischem Strom gesteigert, und daher ist auch die Erzeugung von mehr kalorischen Strom — als Spitzen- und Winterstrom — erforderlich. Außerdem besteht bekanntlich die Möglichkeit der Veredelung, in unserem Fall der Druckvergasung von Braunkohle.

Wir Kommunisten und die Gewerkschaftliche Einheit haben der Öffentlichkeit einen konkreten Plan zur Sicherung des Arbeitsplatzes der Bergarbeiter vorgelegt. Auch die ÖVP hat in diesem Haus einen Antrag eingebracht, dessen Grundgedanke mit dem unsrigen weitgehend übereinstimmt, der aber in irgend einer Tischiade liegen geblieben ist. Bei Durchführung unseres Planes wäre der Arbeitsplatz der Bergarbeiter im Kohlengebiet gesichert gewesen. Aber geschehen ist herzlich wenig. Daß andere

Kräfte dahinterstecken, ausländische, zeigt am besten das Beispiel der Erdölgewinnung, wo bekanntlich von einer strukturellen Krise keine Rede ist, sondern der Bedarf weiter wächst: Trotzdem die Erdölgewinnung in allen Ländern der Erde gesteigert wird, geht die Erdölproduktion in Österreich seit einigen Jahren Schritt für Schritt zurück.

In Steiermark fehlen allein mindestens 40.000 Wohnungen. Noch mehr Familien leben in Häusern, deren Zustand jeder Beschreibung spottet. In Graz gibt es noch 400 bewohnte Baracken und 226 Behelfsheime. Vor den Nationalratswahlen 1959 versprachen die Regierungsparteien den Wohnungsuchenden, sie werden den Bau von Wohnungen von 40.000 auf jährlich 50.000 erhöhen. Was ist das Ergebnis? Im Vorjahr wurden nur 38.000 gebaut. Dafür wurden mehr Kasernen und Kirchen gebaut, für die ist anscheinend genug Geld da.

Sozialen Wohnbau mit billigen Volkswohnungen gibt es überhaupt nicht mehr. Ohne hohe Ablössummen ist es heute fast unmöglich, eine Wohnung ohne längere Wartezeit zu bekommen. Für die Mietzinsen in den neuen Wohnungen, auch in Gemeindeförderungswohnungen, werden 4 bis 7 Schilling pro m² verlangt, das heißt, daß eine mittlere Wohnung bis zu 500 Schilling und noch mehr im Monat kostet. Daneben gibt es auch Wohnungen, für die namhafte Baukostenbeiträge eingehoben werden. Bund, Land und Gemeinden müßten und könnten unserer Meinung nach für die Baukosten aufkommen, während der Mieter nur die laufende Instandsetzung zu bezahlen hätte. Nur dann könnte man von einem sozialen Wohnbau sprechen.

In den Althäusern wird der berüchtigte § 7 immer mehr angewendet, wodurch der Zins vervielfacht wird. Es ist bekannt, daß trotz der vorherrschenden Wohnungsnot viele Wohnungen von den Hausherrn leer stehen gelassen werden. Diese können nur deshalb nicht angefordert werden, weil es kein Wohnungsanforderungsgesetz mehr gibt. Deshalb ist die Wiederinkraftsetzung des Wohnungsanforderungsgesetzes auch vom steirischen Landtag aus zu betreiben. Dagegen versuchen die ÖVP und FPÖ im Landtag auf die Beseitigung der noch vorhandenen Bestimmungen des Mieterschutzes hinzuwirken, damit auch diese Mieter wesentlich mehr, nach den Plänen des Hausherrn einen vervielfachten Zins, bezahlen müssen.

Trotz der dringenden Notwendigkeit, die Schulbildung zu verbessern, um im Wettbewerb mit den anderen Nationen bestehen zu können, haben wir in der Steiermark den Zustand, daß nur 25% der Schüler eine Hauptschule besuchen, deren Absolvierung bekanntlich für die Erlernung eines Berufes Voraussetzung ist. Es gibt in der Steiermark noch viele Volksschulen mit nur zwei oder drei Klassen. Es fehlt besonders an Mittel- und höheren Fachschulen und auch an den Hochschulen bestehen große Mängel.

In den Volksschulen fehlen derzeit einige hundert Lehrer. Wenn nicht wirksame Maßnahmen ergriffen werden, werden es bis 1963 schon 800 sein. Die Studienbeihilfen sind noch immer vollkommen ungenügend. Es werden keine Maßnahmen getroffen, damit Lehrmittel, Bücher und Hefte nicht stän-

dig teuer werden. Dafür nimmt der klerikale Einfluß in den Schulen immer mehr überhand.

Gemeinden, vor allem Industriegemeinden, in denen 630.000 Menschen wohnen, erhalten nur deswegen weniger Mittel als ihnen zustehen, weil an ihrer Spitze sozialistische Bürgermeister stehen. Sie müssen zwar 32 Millionen Schilling in den Ausgleichsfonds des Landes einzahlen, bekommen aber nur 20 Millionen zurück, während die ÖVP-Gemeinden mit 480.000 Einwohnern 20 Millionen Schilling in den Ausgleichsfonds zahlen, aber 32 Millionen Schilling als Bedarfszuweisung erhalten. Das ist wohl ein besonderer Ausdruck des Proporzgeistes. Dieser abnormale Zustand besteht in Steiermark nur deswegen, weil sich SPÖ und ÖVP geeinigt haben, die Verteilung der Mittel nicht nach der Anzahl der Einwohner, sondern nach der Verteilung der Mandate im Landtag im Verhältnis 27 : 21 vorzunehmen, wobei zu den 24 ÖVP-Mandaten die 3 Mandate der FPÖ dazugerechnet werden. (Abg. Scheer: „Das ist ein Rechenkünstler!“) Das Ergebnis dieser Politik des Nachgebens der SPÖ vor der ÖVP ist, daß z. B. Städte wie Graz, Kapfenberg und andere nicht die Möglichkeit haben, nur einigermaßen den Anforderungen der Bevölkerung beim Bau von Wohnungen, Sportplätzen usw. gerecht zu werden. Die ÖVP beabsichtigt damit, diese Städte für ihre Zwecke sturmreif zu machen. Der Verteilungsschlüssel ist noch schlechter, soweit es den Schulbaufonds und alle anderen Förderungsmittel des Landes betrifft.

Diese Beispiele, denen man noch viele andere hinzufügen könnte, z. B. die Fürsorge, die Probleme der Kleinbauern usw., zeigen, daß es den Verantwortlichen in der Landesverwaltung nicht darum geht, zu sichern, daß alle gleich behandelt werden, jedem unterschiedslos Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen, sondern konsequent den Klassenstandpunkt, allerdings den der Unternehmer, Großbauern und Großgrundbesitzer, der Reichen unseres Landes durchzusetzen, wobei das Nachgeben der SP-Führung eine solche den Arbeitern widersprechende Politik erst ermöglicht.

Die SPÖ redet sich darauf aus, daß sie im Landtag über weniger Mandate verfügt als die ÖVP. Aber könnte die ÖVP diese Ungerechtigkeiten, diese Auswüchse des Proporzgeistes aufrecht erhalten, wenn die SPÖ nicht darauf verzichten würde, die arbeitende Bevölkerung in diesen Fragen mit sprechen zu lassen? Wir sind der Meinung, daß es sich hier um Fragen des Klassenkampfes handelt, auf den zu verzichten — wie es die SPÖ tut — eben heißt, der Benachteiligung der werktätigen Bevölkerung zuzustimmen und der ÖVP immer größere Zugeständnisse zu machen.

Wir verlangen so wie Landesrat Dr. Schachner-Blazizek einen „gerechten“ Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, in dem die Länder und besonders die Gemeinden nicht so wie bisher schwer benachteiligt werden. Aber es genügt nicht, in Reden einen solchen zu verlangen, während die Vertreter der gleichen Partei im Nationalrat einem ungleichen Finanzausgleich zustimmen, wie das bisher immer geschehen ist.

Wir verlangen, daß nicht so wie bisher immer wieder den arbeitenden Menschen alle Belastungen durch

Tarif- und Preiserhöhungen aufgehalst werden, wodurch ihnen das bißchen Mehr, daß sie sich von der Konjunktur erkämpften, wieder genommen wird. Was notwendig ist, ist eine verstärkte Besteuerung der Reichen, die Versteuerung ihres „süßen Lebens“, so wie dies seinerzeit der sozialistische Wiener Finanzreferent Breitner gemacht hat. Bei uns steigt nur die Lohnsteuersumme, die die Arbeitnehmer zu bezahlen haben, während die Körperschaftssteuer der großen Aktiengesellschaften trotz Konjunktur und Riesengewinnen ständig sinkt, wie dies auch Vizekanzler Pittermann auf einer steirischen Konferenz aufgezeigt hat. Es muß Schluß gemacht werden mit den Steuerabschreibungen, es muß Schluß gemacht werden mit den ungerechtfertigten Steuergeschenken und Exportsubventionen seitens der Regierung an die privaten Exporteure, was alles zusammen viele Milliarden Schilling ausmacht. Es sollen die Mittel für das Bundesheer — wie sogar von Regierungsseite schon einmal versprochen — gesenkt und nicht erhöht werden, umso mehr, als es in unserem Lande viele Menschen gibt, die in denkbar schlechtesten Wohnverhältnissen leben müssen und noch lange nicht alle Kinder die Möglichkeit haben, auch nur eine abgeschlossene Hauptschulbildung zu erhalten; wo es nicht genügend Mittel gibt, um den Arbeitsplatz der Arbeiter zu sichern, und wo es nicht genügend Kredite gibt für die kleinen Bauern zur Modernisierung ihrer Betriebe. Nur eine solche Politik der Entlastung der arbeitenden Menschen betrachten wir Kommunisten als gerecht. (Abg. Scheer: „Achtung, Achtung, Sie hören die erste Sendung der russischen Stunde!“)

Die arbeitenden Menschen unseres Landes werden nicht nur benachteiligt auf dem wirtschaftlichen Gebiet, sondern auch was ihre demokratischen Rechte und ihre persönliche Freiheit betrifft. Gerade jetzt gibt es viele Diskussionen über die Auswüchse, die die Proporzdemokratie in unserem Lande immer wieder hervorbringt, wodurch z. B. das höchste Organ unserer Republik, das Parlament, zu einer Abstimmungsmaschine wurde, das nur den Beschlüssen des sogenannten Koalitionsausschusses, dem nicht einmal die ganze Regierung angehört, (Abg. Bamm er „Freiheitliche Einblendungen!“) zuzustimmen hat.

Bekanntlich soll nach der Verfassung jede Stimme gleich viel wiegen. Aber in der Praxis ist es so, daß z. B. bei den Landtagswahlen die ÖVP für ein Mandat im Durchschnitt um tausend Stimmen weniger benötigt hat als die SPÖ, und für uns Kommunisten ist dieses Verhältnis noch viel schlechter. Wir verlangen daher die Beseitigung der Einteilung der Steiermark in vier Wahlkreise, denn dann würde jede Stimme in den verschiedenen Teilen unseres Landes und für jede der Parteien gleichwertig sein.

Wir verlangen die Beseitigung jedes politischen Druckes bei der Vergebung von Posten, bei der Aufnahme von Arbeitern und Angestellten und bei der Wohnungsvergabe. Das bedeutet Schluß zu machen mit der Parteibüchelwirtschaft (Heiterkeit) und mit der Proporzbesetzung von Posten. Das bedeutet die Ausschreibung aller offenen Posten, um eine möglichst breite Kontrolle durch die Bevölkerung darüber zu sichern. Ebenso soll die Vergebung von

Wohnungen unter Kontrolle der breitesten Öffentlichkeit vorgenommen werden. Auch in solchen Maßnahmen sehen wir Kommunisten eine Erweiterung der Demokratie, die offenkundig notwendig ist und von großen Teilen der Bevölkerung begrüßt werden würde. (Abg. Scheer: „Reden Sie doch einmal zur Sache!“)

Ich werde bei der Abstimmung gegen den Landtagsabgeordneten Krainer als Landeshauptmann stimmen. Landeshauptmann Krainer ist bekanntlich Vorsitzender der „Neuen Österreichischen Gesellschaft“, des Reformflügels des scharfmacherischen rechten Flügels der Volkspartei. Landeshauptmann Krainer trat bekanntlich für die Bildung eines sogenannten „Bürgerblocks“ auf. (Ruf: „Oho!“) Er scheute sich nicht, anlässlich einer Tagung der berüchtigten „Sorbe“, deren Führer der seinerzeit zum Tod verurteilte Soucek ist, ein Grußtelegramm zu schicken. Landeshauptmann Krainer ist für die Subvention an den Österreichischen Turnerbund, der Nachfolgeorganisation des Deutschen Turnerbundes 1919, maßgeblich verantwortlich. Diese Organisation versucht in ihrer Zeitung auch heute noch, großdeutsches nazistisches Gedankengut unter der Jugend zu verbreiten. (Abg. Scheer: „Na, wirklich?“) Landeshauptmann Krainer ist dafür verantwortlich, daß ein Mann wie Dr. Hjalmar Mae, der für den Massenmord an Juden in Estland verantwortlich gemacht wird, die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen hat und sogar in den Landesdienst aufgenommen und anständigen österreichischen Beamten vorgezogen wurde. Landeshauptmann Krainer hat auch von der Notwendigkeit eines „Justizkanzlers“ in Österreich gesprochen, das heißt in Wirklichkeit, Otto Habsburg bei seinen Mächtgelüsten zum Schaden Österreichs und unserer Nachbarländer geholfen. (Gelächter bei ÖVP.)

Landeshauptmann Krainer ist einer der bekanntesten Vertreter für die Eingliederung Österreichs in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Von ihm stammt der Ausspruch, daß „Österreich nicht in Neutralität verhungern dürfe.“ Damit gibt er offen zu, daß ihm bzw. seinem Reformflügel in der ÖVP der verfassungsmäßig verankerte Status der Neutralität, durch den Österreich aus den internationalen Auseinandersetzungen herausgehalten ist, nicht behagt. Er will so durch ein Hintertür Österreich der EWG angliedern und damit auch der NATO, in der die westdeutschen früheren Hitlergeneräle eine führende Rolle innehaben. Damit würde Österreich auch der Möglichkeit beraubt werden, wirtschaftliche Beziehungen zu allen Seiten zu seinem eigenen Vorteile anzuknüpfen und sich einseitig die Hände binden. Dabei ist Landeshauptmann Krainer bekannt, daß eine Reihe Großbetriebe in Steiermark nur deshalb ausgelastet ist, weil sie auf Grund unserer Neutralitätspolitik die Möglichkeit haben, Handel mit allen, auch mit den sozialistischen Ländern, zu betreiben.

Aber nicht nur für die Arbeiter und Angestellten unseres Landes wäre der Anschluß an die EWG gefährlich, sondern auch für die vielen kleinen Bauern. Durch den Anschluß an die EWG würde, wie auch in diesem Landtag zugegeben wurde, nur ein Drittel der 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe Österreichs existenzfähig sein, ein weiteres Drittel

glaubt man noch existenzfähig machen zu können. Das dritte Drittel, also zirka 130.000 landwirtschaftliche Kleinbetriebe, sollten dann wegen unzureichender Größe oder abweichenden natürlichen Bedingungen wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden. Das ist die wirtschaftliche Perspektive, die die Reformen und Freunde der EWG den arbeitenden Menschen unseres Landes zeigen.

Aber der Anschluß an die EWG hat auch eine politische Seite. Mit dem Anschluß an die EWG, die nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine politische Organisation ist, würden wir auch dem NATO-Kriegsblock, in dem die westdeutschen Monopole führend sind, indirekt angegliedert sein. Österreich müßte, so wie Vizekanzler Pittermann mit Recht sagte, etliche seiner nationalen Hoheitsrechte, also seine Souveränität, an sogenannte Europaorganisationen, an die NATO und an die EWG abgeben und sich dem wirtschaftlichen und politischen Einfluß außerösterreichischer Kräfte beugen. Wir wissen nicht, wofür Landeshauptmann Krainer von Adenauer einen Orden erhielt. Aber für seine Bemühungen, Österreich in die EWG hineinzuziehen, hat er ihn sicher verdient. (Gelächter.)

Wir Kommunisten können Landeshauptmann Krainer nachfühlen, daß ihn beim Landtagswahlergebnis der Stimmen- und Mandatsgewinn der Kommunisten nicht erfreute. Er benützte eine Stellungnahme zum Wahlergebnis dazu, uns Kommunisten „staatsfeindliche Agitation“ vorzuwerfen. (Zwischenruf: „Ist das etwas anderes?“) Dazu möchte ich folgende Fragen aufwerfen: Ist das „staatsfeindlich“, weil wir die Gefahren und Pläne der Bildung eines Bürgerblocks aufzeigen und bekämpfen? Bekanntlich haben wir nicht die Absicht, mit den Feinden der Demokratie und damit unseres Staates in einem Bürgerblock zusammenzugehen. Wir streben nicht den Bund mit einer neofaschistischen Partei an, wie es die FPÖ ist, die offen gegen die Neutralität Stellung genommen hat. Im Gegenteil. Haben nicht die Kommunisten zur Wahl des Bundespräsidenten Schärf entscheidend beigetragen, daß der Bürgerblockskandidat geschlagen wurde? (Rufe bei ÖVP: „Richtig!“ „Gewiß!“ „So war es!“)

Ist das „staatsfeindliche Agitation“, weil wir solche Organisationen wie die „Sorbe“, den großdeutschen sogenannten „Österreichischen Turnerbund“ bekämpfen und gegen solche Leute auftreten, denen schwerste Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden, wie Mae und Murer?

Ist das staatsfeindliche Agitation, weil wir Kommunisten alles in unserer Kraft stehende tun, damit Österreich nicht dem NATO-Kriegsblock und seiner EWG angegliedert wird und damit Österreich einer großen Gefahr entgeht im Interesse seines eigenen Friedens und des Friedens der Welt? Es sind noch dieselben Kräfte, die versuchen, Österreich mittels der EWG an die NATO anzuschließen, die die westdeutsche Wehrmacht mit Atomwaffen ausrüsten wollen, die in Westdeutschland jede Betätigung für den Frieden verbieten, die Kommunisten und Friedenskämpfer mit Hitlermethoden verfolgen und einkern!

Es ist kein Zufall, daß gerade in der Steiermark der scharfmacherische Reformflügel mit Landes-

hauptmann Krainer an der Spitze so stark ist. Bekanntlich haben schon vor 1934 die deutschen Monopole gerade in Steiermark, in der Alpine-Montan, über einen großen Einfluß verfügt, den sie erst durch den Staatsvertrag und durch die Verstaatlichung der Schwerindustrie verloren haben. Aber diese Kräfte wollen ihren Einfluß zurückerobern und dabei werden sie nicht nur von namhaften steirischen Industriellen unterstützt, sondern auch von einflußreichen Kräften in diesem Landtag.

Daß aber der Reformflügel so ungehindert und damit erfolgreich gerade in der Steiermark sich durchsetzen konnte, ist vor allem zurückzuführen auf die Politik der steirischen SP-Führung, in der ebenfalls großdeutsche Tendenzen bestehen und die damit selbst im Gegensatz zu ihrer Wiener Parteiführung steht und durch ihren sturen Antikommunismus der Rechten in der ÖVP direkt in die Hand arbeitet.

Es ist bekannt, daß die „Neue Zeit“ mit Chefredakteur Paller an der Spitze ständig, wo es nur geht, gegen die Neutralität unseres Landes und damit gegen die Politik des SP-Außenministers auftritt. Jedes Wort von Osterreichtum und österreichischer Nation ist für ihn geradezu ein rotes Tuch. Die „Neue Zeit“ hat nicht erst einmal EWG und NATO-Kriegern die Möglichkeit gegeben, ihre Ansichten zu verbreiten. In der Polemik über die westdeutsche Ordensverleihung an Landeshauptmann Krainer zwischen dem Zentralorgan der SP, „Die Arbeiterzeitung“, und der ÖVP war es die „Neue Zeit“, die das offene Auftreten der „Arbeiterzeitung“ gegen die westdeutsche Einmischung im Zusammenhang mit den Landtagswahlen kritisierte.

In der „Neuen Zeit“ wurde solchen Personen Raum gegeben, die offen dafür eintraten, dem Plan des westdeutschen Generalstabes zuzustimmen, die deutsche Bundeswehr mit Atom- und Wasserstoffbomben auszurüsten und damit ihr die Möglichkeit zu geben, Deutschland und die übrige Welt ein drittes Mal in den Weltkrieg zu stürzen. In der ganzen Welt haben diese Pläne Empörung hervorgerufen, die „Neue Zeit“ hat sie unterstützt.

Die steirische SP-Führung ist besonders antikommunistisch eingestellt. Ihre größte Sorge, die sie im Zusammenhang mit ihrer Landtagswahl-Niederlage hatte, war die Stärkung der Kommunisten, die jetzt ihren Kampf gegen das in- und ausländische Monopolkapital und die Reaktion auch auf dem Boden des Landtages führen kann. Daß ich nicht nur gegen den Landeshauptmann, sondern gegen alle ÖVP-Regierungsmitglieder gestimmt habe, ist also damit zu erklären, daß dem arbeitenden Volk in den ÖVP-Vertretern die Exponenten der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer gegenüberstehen. Es ist wohl ebenso klar, warum ich gegen die FPÖ-Funktionen gestimmt habe. (Abg. DDr. Hueber: „Das ist das einzig Erfreuliche an Ihren Ausführungen!“)

Andererseits werde ich für die sozialistischen Regierungsmitglieder stimmen. Wir wollen damit der sozialistischen Arbeiterschaft zeigen, daß die Vertretung der Arbeiterinteressen durch den Einzug eines kommunistischen Abgeordneten an Stelle eines SP-Mandatars keine Schwächung erfahren hat, sondern im Gegenteil eine Stärkung. (Heiterkeit.)

Ich werde im steirischen Landtag die SP in allen Fragen unterstützen, so sie sich für die Arbeiter und Angestellten einsetzt. Wir beschränken uns aber nicht darauf, sondern werden in allen die Arbeiterschaft interessierenden Fragen eine eigene Initiative entfalten und die SP dort kritisieren, wo sie es verabsäumt, für die Arbeiter und Angestellten einzutreten.

Ich werde alles tun, um im steirischen Landtag, dieser wichtigen Institution, die Interessen der Arbeiterschaft in wirtschaftlichen und politischen Fragen darzulegen und zu vertreten. Deswegen haben uns die Wähler gewählt. Aber ich bin mir bewußt, daß ich nur soviel imstande sein werde durchzusetzen, als es gelingt, Arbeiter für diese Fragen zu interessieren, die auch bereit sind, gemeinsam mit uns Kommunisten dafür zu kämpfen. Auch die sozialistischen Abgeordneten im Landtag werden dann nicht so wie bisher immer wieder vor der ÖVP zurückweichen können und trotz der „Ehe“, die sie angeblich mit der ÖVP haben, doch fallweise den Standpunkt der arbeitenden Bevölkerung nicht überhören können.

Im Zusammenhang mit dem Wahlkampf wurden von den anderen Parteien sehr viele Versprechungen gemacht, obwohl diese schon bisher die Möglichkeit gehabt hätten, diese Versprechungen in die Tat umzusetzen. Wir werden bei jeder Gelegenheit dafür sorgen, daß diese Versprechungen nicht vergessen werden können.

Wir werden über die Probleme, die vor dem Landtag stehen, die arbeitenden Menschen laufend informieren, und in diesem Sinne glaube ich, eine nützliche Arbeit für die Arbeiter und Angestellten, für die Werktätigen unseres Landes im Landtag leisten zu können. (Abg. Scheer: „Ende der russischen Stunde!“)

3. Landtagspräsident Dr. Stephan: Hohes Haus! Die Freiheitliche Partei ist schon vor Monaten — früher als die anderen Parteien — im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber den Wählern in den Wahlkampf getreten.

Wir Freiheitliche haben in Erkenntnis der Bedeutung dieser Wahl im Wahlkampf Forderungen erhoben, die sich vor allem auf die Interessen der Steiermark bezogen. Soweit aber die auf Bundesebene herrschenden Zustände ihren Einfluß auch auf unser Heimatland haben, mußten wir auch diese einer Kritik unterziehen.

Unsere Forderungen nach einer wirtschaftlichen Besserstellung der Steiermark durch Gleichstellung im Eisenbahn-, Straßen- und Luftverkehr, unsere Forderungen nach Förderung des Fremdenverkehrs, nach Verlegung der Generaldirektionen der steirischen Industrie in die Steiermark u. a. m. haben, wie das Wahlergebnis beweist, ebenso die Zustimmung weiterer Wählerschichten gefunden wie unser Ruf nach Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände auf der Ebene der Bundesregierung. Die Bevölkerung der Steiermark hat unüberhörbar zu verstehen gegeben, daß sie die Aufrechterhaltung der bisherigen Form der Koalition, die Beibehaltung des Proporz und anderer Erscheinungsformen des bisherigen Zweiparteien-Regimes nicht wünscht.

Die Sozialistische Partei, die in ihren Wahlparolen immer wieder die starre Bindung an die Koalition als ihr Ziel hinstellte, hat daher auch bei dieser Wahl verloren.

Ein Teil dieses Verlustes kam den Kommunisten zugute. Wir hoffen aber im Interesse unserer steirischen Heimat, daß es sich bei den Wählern, die der KP ihre Stimme gegeben haben, um solche handelt, die aus Protest so gewählt haben, ohne sich der Tragweite ihrer Handlung bewußt zu sein.

Es ist das Paradoxe dieses Wahlkampfes, daß die stärkste Landtagspartei mit den Forderungen der Opposition den Wahlkampf geführt und auch gewonnen hat. Damit hat sich nicht nur die Zugkraft, sondern auch die Richtigkeit der von uns seit Jahr und Tag vertretenen Forderungen erwiesen.

Gestützt auf das Wahlergebnis wird die Freiheitliche Fraktion im steirischen Landtag in der vor uns liegenden Legislaturperiode wie bisher immer wieder die bei dieser Wahl offenbar gewordenen Wünsche der Bevölkerung vertreten, immer wieder auf die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände drängen, den Föderalismus als Bestandteil der österreichischen Verfassung verteidigen und dessen Wiederherstellung fordern und für die der Steiermark im Kreise der Bundesländer gerechterweise zukommende Stelle kämpfen.

Wir haben mehr als 50.000 steirische Wähler zu vertreten; wir wollen ihre, aber darüber hinaus auch die berechtigten Anliegen aller Steirer wahrnehmen.

Der freiheitlichen Fraktion fällt in diesem Hause die Rolle der Opposition zu. Die Aufgabe einer demokratischen Opposition ist Kritik und Kontrolle, aber auch aufbauende Mitarbeit dort, wo für die Bevölkerung Nützliches und für die Demokratie Ersprießliches beschlossen wird. Wir wollen uns in Kritik und Kontrolle stets demokratischer Spielregeln befleißigen und die Opposition um jeden Preis den überlassen, die die demokratischen Formen westlicher Prägung nicht kennen, dem nun wieder in den Landtag eingezogenen Vertreter der KP. (Abg. Leitner: „Wir kennen Sie von 1938 bis 1945 her!“) Bei unserer oppositionellen Aufgabe werden wir uns von der Stellungnahme der anderen Parteien in keiner Weise beeinflussen lassen, sondern einzig und allein den uns richtig erscheinenden Weg gehen. Diese grundsätzliche Haltung bitten wir für diese Legislaturperiode zur Kenntnis zu nehmen.

Zur Wahl des Landeshauptmannes haben wir zu erklären: Der Landeshauptmann wird nach der Verfassung vom gesamten Landtag mit Stimmenmehrheit gewählt. Ein Anspruch auf die Stellung desselben durch die stärkste Partei besteht nach der Verfassung nicht, wenn sie nicht über die absolute Mehrheit verfügt, was in diesem Hause bei keiner Partei der Fall ist.

Da aber bei dieser Wahl keine ins Gewicht fallende Veränderung in der Mandatsverteilung eingetreten ist, geben wir auch diesmal unsere Stimmen dem bisherigen Landeshauptmann Krainer.

Wir knüpfen daran die Erwartung, daß der wiedergewählte Landeshauptmann alle jene Forderungen der Freiheitlichen Partei, die von der Volks-

partei während des Wahlkampfes übernommen und zu ihren eigenen gemacht wurden, auch durchsetzen wird. (Beifall bei der FPÖ)

Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: In dieser ersten, ihrer Bedeutung nach auch gehobenen Sitzung, die der Konstituierung des Landtages gewidmet ist, werde ich mich nicht dazu verleiten lassen, auf die polemischen Ausführungen irgend einer anderen Partei einzugehen.

Die wahlberechtigten Frauen und Männer unseres Landes haben am 12. März dieses Jahres den steiermärkischen Landtag in der zahlenmäßigen und personellen Zusammensetzung gewählt, in der er sich heute zum erstenmal in der neuen Funktionsperiode der Öffentlichkeit präsentiert und in der er heute zusammengetreten ist, um die nach der Verfassung erforderlichen Wahlen in die einzelnen Funktionen vorzunehmen.

Das ist der Auftakt zu der Arbeit, die vom Landtag und von der Landesregierung im Interesse des Landes und seiner Bewohner in der vom Gesetz mit 4 Jahren bemessenen Funktionsperiode zu leisten sein wird.

Es wird eine ernste Arbeit sein müssen. Ihr Bereich wird groß und ihr Inhalt wichtiger sein, als sich für gewöhnlich erkennen läßt.

Die eigentlichen Fragen der Landespolitik haben in dem der Wahl des Landtages vorangegangenen Wahlkampf merkwürdigerweise eine nur geringe Rolle gespielt, obwohl gerade das der vorgegebene Grund der Trennung dieser Wahl von anderen Wahlen war. Das ist einerseits ein Beweis dafür, daß dieser Grund nicht stichhältig war, liegt aber andererseits auch in der Natur der Sache und kommt zweifellos davon, daß die Landespolitik schwierig und indirekt ist, daß sie von Gemeinde zu Gemeinde und in jedem Landesteil ein anderes Gesicht und ein anderes Gewicht hat. Diese Erscheinung ändert aber nichts an der tatsächlichen Bedeutung der Landespolitik und an ihrem wesentlichen Einfluß auf das Leben der in diesem Lande wohnenden Menschen.

Die sozialistische Fraktion des neuen Landtages ist sich ihrer Aufgaben und der Bedeutung, die ihnen für die Bevölkerung zukommt, vollkommen bewußt.

In ihrem Namen erkläre ich, daß wir an alle dem Landtag und der Regierung zukommenden Aufgaben mit sittlichem Ernst, mit sachlichem Streben und mit einem den Menschen unseres Landes dienenden Willen herangehen werden. Wir werden unsere ganze Kraft und unser ganzes Wissen und Können zur Verfügung stellen. Wir werden vor allem, so wie es unserem Auftrag entspricht, uns bestens bemühen, den Willen der 292.000 Wählerinnen und Wähler zu vertreten, die uns ihre Stimme gegeben haben und als deren Beauftragte wir uns daher fühlen dürfen. Wir werden alles tun, um sie so zu vertreten, wie es sich gehört, und wir werden bestrebt sein, ihre Interessen mit jenem potentiellen Grad zu vertreten, der uns durch ihre Stimmen zugebilligt ist. Wir sind für das uns zuteilgewordene Vertrauen dankbar, dankbar auch allen denen, die aufopfernd und uneigennützig für dieses Vertrauen ge-

worben haben, und wir versprechen, es mit unserer Arbeit rechtfertigen zu wollen.

Aber wir sind weit davon entfernt, unseren Auftrag so aufzufassen, daß wir nur unsere Wählerinnen und Wähler zu vertreten haben. Wir wissen, daß der Landtag und die Regierung für das ganze Volk da sind und dem ganzen Volk zu dienen haben und wir wollen unseren Anteil an diesem Dienst gerne und für alle Menschen unseres Landes übernehmen und Verantwortungsbewußt erfüllen.

Wir wollen, daß jedem Recht und Gerechtigkeit zuteil wird; wir wollen, daß die Einrichtungen des Landes und seine Hilfe für jeden da sind, und wir wollen der Wirtschaft und dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben gleichermaßen dienen.

Und wir wollen uns mit den anderen Parteien ehrlich und korrekt in diese Arbeit teilen. Wir haben vor den Wahlen erklärt, daß wir die Zusammenarbeit für notwendig erachten und daß wir zur Zusammenarbeit bereit sind und wir erklären heute nach erfolgter Wahl, daß unser Wunsch und unsere Bereitschaft unverändert sind.

Von diesem Wunsch und von dieser Bereitschaft geht auch unsere Haltung bei den ersten wesentlichen Vorgängen in der neuen Funktionsperiode des Landtages, bei der Wahl des Landeshauptmannes und bei den übrigen Wahlen aus.

Als ernste und aufrichtige Vertreter der demokratischen Idee anerkennen wir selbstverständlich das Recht der jeweils stärksten Fraktion, die ihr geeignet erscheinende Persönlichkeit für die Wahl zum Landeshauptmann vorzuschlagen. In Wahrung parlamentarischer Gepflogenheiten nicht nur, sondern auch frei von der Absicht, das Wirken des Vorgesetzten irgendwie zu schmälern, werden wir für die Wiederwahl des Landeshauptmannes Krainer stimmen und wir werden, wenngleich das rechtlich wirkungslos ist, auch bei der Wahl aller übrigen Regierungsmitglieder und bei der Wahl der sonstigen Funktionäre den Vorschlägen der dazu berechtigten Fraktion entsprechend mitstimmen.

So wie wir die Rechte der stärksten Partei und die Rechte aller anderen im Landtag vertretenen Parteien zu achten gewillt sind, so erwarten wir auch, daß uns als einer im steirischen Volk so stark verankerten Partei jene Rechte eingeräumt werden, die es uns möglich machen, den Willen unserer Wähler zu vertreten, an der parlamentarischen und verwaltungsmäßigen Arbeit entsprechend teilzunehmen und eine Zusammenarbeit der Verantwortlichen zu ermöglichen, die fruchtbar und zum Nutzen des Landes und unserer Steirerinnen und Steirer ist.

Nach einem Wahlkampf, wie er für eine Landtagswahl noch nie geführt wurde, nach einem Kampf, der bedauerlicherweise auch vor der persönlichen Sphäre führender Politiker nicht haltgemacht hat, und nach einem Kampf, in dem selbst Dinge lebendig wurden, von denen wir im Interesse des Ansehens und der Stellung unseres Landes in der Welt zuversichtlich gehofft haben, daß sie in unserem Volke längst überwunden sind, nach einem solchen Kampf, von dem die Sozialistische Partei jedoch mit Genugtuung für sich in Anspruch nehmen darf, daß sie demokratisch und fair war und daß sie mit bescheidenen finanziellen Mitteln einem rie-

senhaften Einsatz gegenüberstand, gehen wir wieder an die Arbeit.

Möge diese Arbeit sachlich und korrekt, erfolgreich für unser Land und so sein, wie es unsere Mitmenschen von uns mit Recht erwarten. (Starker Beifall bei SPO.)

Abg. **Dr. Kaan:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Leichten Herzens folge ich dem Auftrag der OVP, bei dieser 1. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in seiner 5. Periode das Wort zu ergreifen. Ich habe ja nicht die Aufgabe, polemisch oder programmatisch zu sprechen, trotzdem bin ich innerlich bewegt, teils, weil die Spannungen und Schwingungen des Wahlkampfes nachklingen — auch bei mir wie bei Ihnen allen — teils deshalb, weil ich mir bewußt bin der großen kommenden Aufgaben, die dieser Körperschaft harren.

Ich halte es nicht für zweckmäßig und fruchtbar, auf den Wahlkampf zurückzublicken. Er wurde uns teils schwerer und teils leichter gemacht als den anderen Parteien. Schwerer deshalb, weil wir uns ja in unserer Gliederung als Vertreter aller Schichten und Stände des Landes ansehen und alle ansprechen mußten, was heute ja schon in diesem Hohen Hause gerügt wurde, und leichter deshalb, weil wir uns bemühen — und ich glaube mit Erfolg — uns von veralteten Begriffen wie Klassenkampf, Proporz-zwang und ähnlichen Erscheinungen des politischen Lebens freizumachen.

Ein Landtag tritt ab und ein neuer Landtag tritt an. Jeder Wechsel ist schwierig. Der abtretende Landtag hat im Sinne der Verfassung ausgelebt, er hat die 4 Jahre, die laut § 10 der Verfassung für seine Lebensdauer vorgesehen sind, vollauf erfüllt. Dieser nur 4jährige Rhythmus, den die Verfassung vorsieht, ist wohl überlegt. Er scheint jener Zeitraum zu sein, in welchem die bewahrenden Kräfte des Bestehenden und die bewahrenden Kräfte des Fortschrittes ihren Ausgleich finden. Es wurde schon einmal versucht, diese von der Verfassung vorgesehene 4jährige Dauer für den Steiermärkischen Landtag zu verkürzen, und zwar zu dem Zweck, um die Landtagswahlen mit den Nationalratswahlen zeitlich gleichzulegen. Wir haben damals diesem Versuch Widerstand geleistet und in der Debatte diesen Entschluß als eine Sternstunde des Steiermärkischen Landtages bezeichnet. Wir wurden damals deswegen in diesem Hohen Hause verspottet und sogar verhöhnt. Trotzdem hat sich dieser Entschluß als richtig erwiesen. Die Gleichzeitigkeit der Wahl mit der Nationalratswahl bot nicht so viele Vorteile als die Einhaltung der verfassungsmäßigen Bestimmung, 4 Jahre abzuwarten. Es ist damals ein arbeits- und lebensfähiger Landtag gewählt worden und wir sind sicher, daß trotz aller Vorwürfe, die gegen unsere Art der Führung des Wahlkampfes erhoben wurden, auch diesmal wieder ein arbeits- und lebensfähiger Landtag gewählt worden ist. Wir sind stolz darauf, daß die Führungsstellung der OVP im Lande bestätigt und befestigt, ja sogar sehr befestigt worden ist. Wir sind uns des Ausmaßes der Verantwortung, welche uns dadurch auferlegt wurde, wohl bewußt. Wir wissen, daß wir diese Führungsstellung nur dann fruchtbar für das Land ausüben können, wenn wir auch die anderen politi-

schen, staatsbejahenden Kräfte zur Zusammenarbeit, heranzuführen können. Während beim Wahlkampf des Jahres 1957 die Eigenständigkeit der Steiermark mehr in den Vordergrund gerückt war, haben wir die Blickrichtung diesmal bei der Wahl des Jahres 1961 mehr auf unsere Stellung innerhalb des Bundesstaates gerichtet. Beide Male kämpften wir um des föderalistischen Gleichgewichtes willen. Wir sind auch gewillt, weiterhin in diesem Sinne zu arbeiten.

Wenn ich vorhin erwähnt habe, daß unser Entschluß des Jahres 1957, den ich als Sternstunde bezeichnete, bekritelt und manchmal auch verspottet wurde, so glaube ich, daß das Ergebnis des Jahres 1961 diesen unseren Entschluß bestätigt hat. Ich gehe sogar so weit und glaube, daß auch noch die Zeit kommen wird, wo auch die anderen staatsbejahenden Parteien, also die Sozialistische und die Freiheitliche Partei, letztlich den Wahlausgang als einen guten anerkennen werden, als einen guten Ausgang des Kräftespieles der politischen Kräfte, die sich ja nicht ausschließlich in den politischen Parteien dokumentieren. Es wurde durch diese Wahl der Boden geschaffen für eine Richtigstellung der ÖVP innerhalb der Steiermark und für eine Richtigstellung der Steiermark innerhalb Österreichs.

Es wurde der Boden geschaffen zu einer guten Zusammenarbeit der Parteien, die in diesem Haus vertreten sind, aber es wurde auch der Boden geschaffen zu einer guten Arbeit anderer Körper, die an der Verwaltung des Landes arbeiten. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß der Wahlvorgang in der gesetzgebenden Körperschaft ein Erneuerungsvorgang innerhalb derjenigen Körperschaft ist, die die gesetzgebende genannt wird und die auch die Männer stellt, die die Vollziehung zu leiten haben und die Männer, die die Vollziehung zu erbringen haben, die Landesregierung, die wieder jene sind, die den zweiten großen Körper führen, nämlich die Beamtenschaft, die ja mehr als der Landtag den Grundsatz der Beständigkeit aufweist.

Auch für eine fruchtbare Arbeit in diesem Sinne hat diese Wahl den Boden geschaffen, und wir glauben somit, daß der heutige Tag als Geburtsstunde des Steiermärkischen Landtages der 5. Periode eine glückliche Periode einleitet, damit wir als glückliche Steirer in einem glücklichen Österreich wirken können. (Starker Beifall bei ÖVP.)

Wahl des Landeshauptmannes

Präsident: Ich ersuche einen Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, einen Vorschlag zur Wahl des Landeshauptmannes zu erstatten.

Abg. Prirsch: Namens der ÖVP-Fraktion schlage ich Herrn Ökonomierat **Josef Krainer** zum Landeshauptmann vor.

Präsident: Die Wahl des Landeshauptmannes wird mit Stimmzetteln vorgenommen. Ich ersuche daher die beiden Schriftführer, die Stimmzettel zu verteilen, sie nach der Stimmenabgabe wieder einzusammeln und mich bei der Zählung der Stimmen zu unterstützen.

(Nach Einsammeln der Stimmzettel und Feststellung des Abstimmungsergebnisses.)

Hohes Haus! Ich stelle fest, daß 48 Stimmzettel abgegeben wurden.

Von den abgegebenen Stimmzetteln ist einer leer und ein Stimmzettel ist mit einer Gegenstimme versehen.

Der leere Stimmzettel ist gemäß § 54 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ungültig.

Für die Wahl des Abgeordneten **Josef Krainer** zum Landeshauptmann wurden 46 Stimmen abgegeben. Er ist daher mit unbedingter Mehrheit wieder zum Landeshauptmann gewählt worden. (Anhaltender, sehr lebhafter Beifall bei ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann unter Berufung auf seine als Abgeordneter geleistete Angelobung zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landeshauptmann Krainer: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Namens des Vorstandes des Steiermärkischen Landtages gratuliere ich dem hiemit zum 5. Mal zum Landeshauptmann gewählten Ökonomierat **Josef Krainer** auf das herzlichste.

Wahl der Mitglieder der Landesregierung

Wir kommen nun zur Wahl der übrigen Mitglieder der Landesregierung.

Nach § 28 der Landesverfassung besteht die Landesregierung aus 9 Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder der Landesregierung ist auf die im Landtag vertretenen Parteien im Verhältnis ihrer Mandatzahlen nach dem Ergebnis der Landtagswahlen aufzuteilen. Nach dem sich aus der letzten Landtagswahl ergebenden Verhältnis entfallen auf die Österreichische Volkspartei 5 und auf die Sozialistische Partei 4 Regierungsmitglieder.

Der Landeshauptmann ist in den auf seine Partei entfallenden Anteil an der Zahl der Regierungsmitglieder einzurechnen.

Der Österreichischen Volkspartei verbleiben daher noch 4 Mandate in der Landesregierung.

Von der Österreichischen Volkspartei werden für die Wahl zu Regierungsmitgliedern vorgeschlagen die Herren Univ.-Prof. **Dr. Hanns Koren**, Ökonomierat **Ferdinand Prirsch**, Dipl.-Ing. **Tobias Udier** und **Franz Wegart**.

Von der Sozialistischen Partei Österreichs werden für die Wahl zu Regierungsmitgliedern vorgeschlagen die Abgeordneten **Fritz Matzner**, **Maria Matzner**, **DDR. Alfred Schachner-Blazizek** und **Adalbert Sebastian**.

Ich lasse über die Wahlvorschläge getrennt abstimmen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem vorerwähnten Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen. (Beifall.)

Ich ersuche nun die Abgeordneten, die mit dem Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei Österreichs einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Auch dieser Wahlvorschlag ist angenommen. (Beifall.)

Ich rufe nun die soeben gewählten Mitglieder der Landesregierung namentlich auf und ersuche sie unter Berufung auf ihre als Abgeordnete geleistete Angelobung zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Fritz Matzner: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Maria Matzner: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Ferdinand Pirrsch: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. DDr. Alfred Schachner-Blazizek: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Adalbert Sebastian: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Dipl.-Ing. Tobias Udier: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Franz Wegart: „Ich nehme die Wahl an.“

Im Namen des Vorstandes des Steiermärkischen Landtages beglückwünsche ich die soeben gewählten Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung. (Beifall.)

Ich erteile dem neugewählten Landeshauptmann das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Ich darf zunächst für das mir geschenkte Vertrauen danken. Ich werde dieses Vertrauen mit Arbeit für die Steirer beantworten. Es ist die schönste Aufgabe für jeden Steirer, für sein Land tätig zu sein. Deshalb habe ich auch gerne die schwere Verpflichtung übernommen, gestützt auf das mir geschenkte Vertrauen, die Steiermark in den nächsten 4 Jahren wieder richtunggebend mitzuverantworten. Die politische Kraft ist mir durch die Wähler und durch die Mehrheit der Volkspartei im Landtag und in der Regierung gegeben. Da ich mich dazu bekenne, der Landeshauptmann aller Steirer zu sein, sind meine Freunde und ich zu gemeinsamer, fruchtbarer Arbeit mit allen verfassungstreuen Parteien bereit. Es wurde mir nicht leicht gemacht, diese Erklärung abzugeben, da erst wenige Wochen vergangen sind, wo unter Mißbrauch der freien demokratischen Meinungsäußerung eine persönliche Diffamierungskampagne meinen politischen Gegnern zum Erfolg verhelfen sollte. Wenn ich trotzdem die Hand wieder ausstrecke, so wollen Sie dies werten, wie es gemeint ist: als ein Zeichen demokratischer Gesinnung. Diese Gesinnung schließt die Bereitschaft in sich, persönlich Unangenehmes zu vergessen, wenn die gemeinsame Arbeit für die Heimat es verlangt.

Ich habe Verständnis dafür, daß nicht allen politischen Amtsträgern die Spielregeln der Demokratie geläufig sind, weil unsere Demokratie noch zu jung ist. Wir haben jedoch große Vorbilder, wie z. B. die Schweiz und England. Wir können diesen Vorbildern nur nacheifern, wenn wir das Wesen der Demokratie erkennen. Die Freiheit, die sie uns gibt, dient nicht dem Verharren im Bequemen, sondern dem Ringen um das Bessere. Dadurch erhält die Politik ihren höchsten Sinn. Daher mehr Mut zur Wahrheit! Der Staatsbürger hat ein Recht darauf. Es ist ein folgenschwerer Irrtum, zu glauben, daß die offene Sprache im öffentlichen Leben politisch unmöglich sei. Der Wähler honoriert durch seine Stimmabgabe immer das aufrichtige und offene Wollen.

Der 12. März hat in der Steiermark klare Verhältnisse geschaffen. Dieser Erfolg bedeutet mehr als einen parteipolitischen Gewinn. Das Vertrauen zur Demokratie ist wieder hergestellt. Es hat eine Zeitlang in Österreich so ausgesehen, als ob es auf die bessere Spiegelfechterei ankomme, um politisch erfolgreich zu sein. Möge jeder Politiker daraus die Konsequenzen ziehen! Die echte, lebendige demokratische Auseinandersetzung kennt das Streben jeder Partei nach der Mehrheit. Wenn die Verantwortlichen der Parteien die Mehrheit wollen oder sie ausüben, so ist dies das naturgegebene Recht aller staatsbejahenden Kräfte, solange der Lebensraum der anderen politischen Gruppen gewahrt bleibt. Unaufrichtig ist es aber, wenn Taktik und utopische Darstellungen die Hintergründe des politischen Handelns sind. Es liegt auf der Hand, daß die wirklichen Absichten damit verschleiert werden sollen. Vergessen wir nicht, daß die Politik ein Schöpfungsauftrag ist. Es ist daher nicht das erste Mal, daß in diesem Hohen Hause mehr Wahrhaftigkeit in der Politik gefordert wird. Versuchen wir ein Beispiel für andere Körperschaften zu geben, stellen wir nicht jede andere Meinung, wenn sie gerade nicht mit der offiziellen übereinstimmt, als undemokratisch oder als eine Gefahr für die Republik hin. Demokratie ist nicht das, was die eine oder die andere Partei bestimmt, Demokratie ist der Lebensraum, den unsere Vorfahren unter schweren Opfern für uns erstritten haben und der nur eine Maxime, die Freiheit und Würde des Menschen, kennt.

Es ist hoch an der Zeit, zur Kenntnis zu nehmen, daß der Gesinnungszwang in den Betrieben, der nach wie vor ausgeübt wird, der Ausdruck einer Primitivität ist. Eine solche Handlungsweise ist eines zivilisierten Volkes unwürdig. Darauf kann man keine dauerhaften politischen Erfolge bauen. Ich richte daher an alle Verantwortlichen den Appell, mitzuwirken, daß solche Entgleisungen, die leider keinen Einzelfall darstellen, in der Zukunft unterbleiben. Es kann unserer Demokratie und dem Ansehen der Parteien nur nützen.

Im Bereich der Landesverwaltung werden wir dafür sorgen, daß nicht das Parteibuch, sondern die fachliche Qualifikation entscheidet.

Der Bereich, den dieses Hohe Haus und die Landesregierung zu verantworten hat, ist die Steiermark, unsere engere Heimat. Die Eigenständigkeit unseres Landes zu stärken ist nicht Aufgabe einer Partei, sondern vor allem der gewählten Abgeordneten und der gesamten Landesregierung. Der Föderalismus ist keine verfassungsrechtliche Konstruktion, die nun einmal zu Papier gebracht wurde, sondern etwas Lebendiges. Österreich kann nur leben, wenn die historisch gewachsene Vielfalt seiner Länder auch in der Gegenwart wieder fruchtbar ist. Dieses Land in seiner Substanz gesund zu erhalten und ihm das gebührende Maß an Verantwortung zu geben, ist daher staats Erhaltende Verpflichtung. Um die Anliegen der Bevölkerung haben wir uns in der Landespolitik zu mühen. Alles, was in der Steiermark an öffentlichen Arbeiten und an Förderungsmaßnahmen geleistet wird, obliegt der Beschlußfassung des Landtages und der Regierung. Wir kön-

nen nicht mehr ausgeben, als uns der Steuerzahler Geld zur Verfügung stellt. Wir haben vor allem darauf zu sehen, daß jene Aufgaben erfüllt werden, die der einzelne nicht, wohl aber die Gemeinschaft lösen kann. Daran mögen sich die Abgeordneten, die Herren und Frauen dieses Hohen Hauses, immer wieder erinnern.

Unsere Gemeinschaft, das Land Steiermark, ist keine Versorgungseinrichtung, denn eine solche würde uns sehr teuer zu stehen kommen und einer echten Wohlstandsmehrung beriter Bevölkerungsschichten hinderlich sein. Es ist unsere vornehmste Pflicht, vor allem die Wohlfahrt derjenigen zu fördern, die dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage sind. Wir wollen damit den Boden legen, unter den unsere Mitbürger nicht hinuntersinken können. Es ist jedoch nicht unsere Aufgabe, einen Plafond einzuziehen, der den Aufstieg hindert oder begrenzt. Den Aufstieg wollen wir aber vor allem der Jugend ermöglichen. Ihr brauchen wir kein warmes Nest zu bereiten, in dem sich gut ausruhen läßt, sie soll aber einen gesicherten Raum zur freien Entfaltung und Entwicklung ihrer Fähigkeiten haben. Die ungebrochene Schaffenskraft junger Menschen muß möglichst früh zum verantwortlichen Einsatz kommen. Wer in die Betriebe, Büros und Bauernhöfe hineinsieht, kann mit Freude feststellen, daß es oft bis zu 80 Prozent junge Menschen sind, die das Betriebsgeschehen gestalten. Es ist eine aufgeschlossene Generation, die heranwächst. An den Eltern und Erziehern, den Betriebsleitern und Amtswaltern in allen Gemeinschaften liegt es, dieser Generation den Weg in die Zukunft zu weisen. Dieses Hohe Haus muß ein wenn auch nur menschlicher Garant für eine solche Entwicklung sein. Damit ist auch gesagt, daß wir in der Politik immer zuerst das Ganze sehen müssen und erst dann die gerechtfertigten Interessen der Berufsgruppen. Wir sind für alle da, für die Jungen genauso wie für die Alten.

Wer faule Kompromisse eingeht oder sie begehrt, gefährdet die sinnvolle Ordnung. Deshalb keine halben, sondern nur ganze Entscheidungen. Für ein solches Konzept haben sich die Wähler am 12. März ausgesprochen. Jede andere Politik bedeutet die Aufgabe ideeller Grundsätze und kostet dem Volke früher oder später große Opfer.

Was sind nun die großen Anliegen des Landes? Unbedingt Vorrang hat die Vollbeschäftigung, denn davon hängt jede weitere Entwicklung ab. Arbeitgeber und Arbeitnehmer wissen, was ein Rückschlag für unser Land zu bedeuten hätte. Arbeitslosigkeit und die zwangsläufige Einschränkung unserer sozialen Entwicklung wären die unmittelbare Folge. Die Kraft des Landes reicht leider nicht aus, um z. B. die Beschäftigung in der Eisen- und Stahlindustrie zu sichern. Die Arbeiterschaft in den Industriezentren kann nur dann mit ihren Arbeitsplätzen rechnen, wenn wir auch in der Zukunft exportieren können.

Deshalb darf sich niemand wundern, wenn gerade wir Steirer es sind, die die Entwicklung des Außenhandels mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Es hieße die Tatsache verkennen, wenn vereinzelte Stimmen laut werden, die behaupten, es sei nicht Sache der Landespolitik, sich der gesamtösterreichischen Probleme anzunehmen, da die Re-

gierung in Wien dafür zuständig ist. Wenn es um echte steirische Anliegen geht, werden wir nicht fragen, wer dafür zuständig ist, sondern wir werden uns, auch wenn es nicht jedem paßt, darum kümmern. Da die Frage der europäischen Integration, soweit sie unser Land betrifft, in Wien entschieden wird, ist es unsere Verpflichtung, nicht zu warten, bis dort etwas geschieht, sondern wir haben dafür einzutreten, daß das Richtige geschieht. Ob EWG oder EFTA ist keine Frage der Sympathie oder Antipathie, sondern schicksalhaft für unser Land. Wir fordern und werden, auch wenn man es als einen Ruf aus dem steirischen Hinterwald empfindet, nicht davon abgehen, daß eine Assoziation mit der EWG oder etwas Gleichwertiges gefunden wird, damit wir unsere Erzeugnisse auch in Zukunft exportieren können. Auf den Weltmärkten wird nur der bestehen, der Qualitätsware bringt und der imstande ist, konkurrenzfähig zu bleiben. Wir wollen uns daher nicht in eine wirtschaftliche Isolierung treiben lassen. Die Verpflichtungen, die wir durch unsere Neutralität eingegangen sind, setzen unseren Handelsbeziehungen keine Grenzen. Regierung und Landtag müssen daher die weiteren Integrationsbestrebungen mit Aufmerksamkeit verfolgen und den entsprechenden Nachdruck geben. Wir wünschen einen regen Handels- und Warenverkehr mit der westlichen und östlichen Welt ohne politische Bindungen.

Im selben Maße müssen wir uns auch um unsere Bauernschaft kümmern, die das tägliche Brot erzeugt. Verkennen wir nicht die Tatsachen, daß frische, naturbelassene landwirtschaftliche Produkte für die Erhaltung der Volksgesundheit unentbehrlich sind. Diese Lebensmittel müssen marktgerecht verpackt dem Verbraucher angeboten werden. Die Erforschung des Marktes und die Propagierung des Absatzes ist ein Teil der modernen Agrarpolitik, für die wir mitverantwortlich sind. Die Steiermark ist das Land der kleinen und mittleren Existenzen. Das gilt auch für die Bauernschaft, den ewigen Blutsquell unseres Volkes. Wir können dem freien Bauern nicht sein Risiko nehmen, er hängt von den Gegebenheiten der Natur ab. Was wir können, ist, den Ausfall der Arbeitskräfte durch eine Förderung der Mechanisierung wettzumachen. Durch den Bau von Güter-, Gemeinde-, Forst- und Hofaufschließungswegen können wir eine Rationalisierung des Arbeitsprozesses erreichen, der nicht hoch genug einzuschätzen ist. Die Landes- und Bundesmittel sind dafür vorhanden. Unter Zuhilfenahme des Gemeindeausgleichsfonds haben wir die Möglichkeit, dieses Problem im Laufe der nächsten Jahre der Lösung näherzubringen.

Wir verlangen auch eine entsprechende Beteiligung aus dem Grünen Plan. Es liegt uns vor allem daran, durch Meliorationen, durch Strukturverbesserungen in den betroffenen Gebieten eine intensive Bodennutzung möglich zu machen. Wir erwarten auch zusätzliche Mittel für vordringliche Regulierungsmaßnahmen. Die Bäuerin hat heute eine schwere Last zu tragen. Vor allem in der Zeit der Niederkunft wollen wir durch Heimhilfen, die schon eingesetzt werden, die unmittelbare Sorge um die Familienmitglieder mittragen helfen.

Die Förderung der Spezialkulturen ist uns ebenfalls ein Anliegen, besonders für das Grenzland. Dort an der Grenze bleibt für uns noch viel zu tun übrig, um die Existenzverhältnisse zu verbessern. Das Grenzlandproblem ist kein Hobby, mit dem man sich gerne beschäftigt, sondern ein Anliegen, welches eine historische Wurzel hat. Seit eh und je sind wir der Eckpfeiler des deutschen Sprachraumes im Südosten Europas. Völkerstürme aus dem Osten sind seit über tausend Jahren hier zum Stillstand gebracht worden. Heute ist unsere Grenze die Grenze der freien Welt. Auf uns blicken jene Völker, die wissen, wo die Freiheit zuerst verteidigt wird. Die wirtschaftliche Kraft dieses Gebietes zu stärken bedeutet auch, den Behauptungswillen der Menschen, die dort leben, zu kräftigen. Vom neuen Finanzminister werden wir neuerlich steuerbegünstigte Maßnahmen für die Ansiedlung von neuen Betrieben fordern. Das gleiche gilt auch für die Gebiete, die durch die strukturelle Krise im Kohlenbergbau betroffen sind. Der Abwanderung in das Innere des Landes und dem Pendlerwesen muß ein Ende gesetzt werden. Staatspolitische Überlegungen sind es, die den Vorrang haben müssen, und nicht ein Krämergeist, der für sich selbst unnötigerweise fürchtet.

Wenn wir allen Berufsständen eine Gleichwertigkeit zubilligen, so gilt dies im selben Maße für Handel und Gewerbe. Diese haben eine wichtige Funktion in unserer Volkswirtschaft zu erfüllen. Die kleinen Existenzen, die Familienbetriebe, gilt es in erster Linie zu fördern. Zinsverbilligte Kredite sollen, wie bisher, die Modernisierung und Technisierung dieser Betriebe ermöglichen. Der Fonds für kleingewerbliche Darlehen, über den wir nun schon seit Jahren verfügen und der unter Mitwirkung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft errichtet wurde, muß in Hinkunft besser dotiert werden. Es wird bei der Verabschiedung des nächsten Voranschlags bereits darüber zu beraten sein, ob die Darlehensnahme aus diesem Fonds durch den Ausbau der Bürgschaftsgenossenschaft erleichtert werden soll. Wir werden auch nicht zulassen, daß, um eines Effektes willen, bei Preissteigerungen sofort der selbständige Unternehmer als Profitjäger hingestellt wird. Unbegründete Preissteigerungen werden nach den Bestimmungen des Preistreibergesetzes bestraft werden. Wir haben keinen Grund, uns vor Preistreiber zu stellen. Wenn aber Preise, wie in den letzten Monaten, durch Tarif- oder Steuererhöhungen verursacht werden, so muß ich dazu sagen, daß die Preistreiber in jenen Körperschaften sitzen, die solche Beschlüsse gefaßt haben.

Wir dürfen alle hoffen, daß die neue Welle der Preis- und Lohnsteigerung zum Stillstand gebracht wird. Zufriedenheit und Wohlstand können nicht im Lizitieren liegen. Ein solcher Vorgang ist eine arge Täuschung. Die Mehrung des Wohlstandes kann nur die echte Ausweitung des Sozialproduktes bringen.

Wer seit dem Jahre 1945 mit wachem Interesse den Aufbau unserer Heimat verfolgt hat, weiß, welchen Anteil die steirischen Gemeinden daran haben. Die besten Kräfte sind in unseren Gemeindevertretungen tätig. Dort wird um die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Allgemeinheit gerungen, dort herrschen Idealismus und Opferfreude in hohem

Maße. Unsere Verpflichtung ist es, dafür zu sorgen, daß der kommende Finanzausgleich die Grundlage für eine weitere ersprießliche Tätigkeit der Gemeinden legt. Der Mineralölsteuerzuschlag, auf den wir einen teilweisen Anspruch erheben, wird nicht von der Tagesordnung verschwinden. Ich kann mir ohne weiteres vorstellen, daß die Einnahmen aus dieser Steuer zweckgebunden für den Bau von Landes- und Gemeindestraßen Verwendung finden. Viele Straßenzüge haben durch die zunehmende Motorisierung einen überörtlichen Charakter erhalten, so daß mit den bisherigen Einnahmen ein großzügiger Ausbau nicht erwartet werden kann.

Der zunehmende Fremdenverkehr verlangt den Bau von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen, der auch dem Bedürfnis der einheimischen Bevölkerung entspricht. Die Handhabung des Wasserbautenförderungsgesetzes durch den Bund und die Dotierung der einzelnen Projekte ist unbefriedigend. Einerseits kommen jährlich viel zu wenig Projekte zum Tragen, zum anderen nimmt der gegenwärtige Finanzierungsschlüssel kaum auf finanzschwache Gemeinden Rücksicht. Wir müssen beim Bund veranlassen, daß darauf mehr Bedacht genommen wird.

Ferner gilt es, das Schulbauprogramm am Sektor des Pflichtschulwesens fortzusetzen. Die steirischen Gemeinden haben schon große Leistungen unter Mithilfe des Landes vollbracht. Der Gemeindeausgleichsfonds und das neue Pflichtschülerhaltungsgesetz geben auch mit die Gewähr dafür, daß finanzschwache Schulsitzgemeinden für ihre Sprengel moderne Schulen schaffen können. Wir werden jeder Hochstapelei mit Steuergeldern entgegentreten. Schulen sollen zweckentsprechend und einladend gebaut werden, aber nicht die Ursache einer unverträglichen Schuldenwirtschaft sein, die die Leistungsfähigkeit der Gemeinden auf lange Sicht einengt. Größte Aufmerksamkeit ist auch dem Bau von Lehrerwohnungen zu widmen. Gerade in entlegenen Gebieten kann ansonsten die Selbsthaftmachung der Landschullehrer nicht erwartet werden.

Das kürzlich verabschiedete bäuerliche Berufsschulgesetz stellt uns vor neue Aufgaben. Wir haben nun nach Schaffung dieser gesetzlichen Grundlage mit Beginn dieses Schuljahres die praktischen Probleme zu lösen. Wir erhoffen ein reges Interesse der bäuerlichen Jugend. Im Berufsschulwesen wird es in nächster Zeit dem Steiermärkischen Landtag obliegen, die gesetzlichen Grundlagen zu beraten und zu beschließen. Einzelne Berufssparten fordern mit Recht die Errichtung von Landesberufsschulen. Über die Dotierung wird der Landtag bei der Verabschiedung des Landesvoranschlags der nächsten Jahre zu entscheiden haben. Von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft erwarten wir so wie bisher eine großzügige Förderung beim Bau der Internate, ohne die die Landesberufsschulen nicht denkbar sind. Der Schulbeirat des Bundes ist gerade dabei, entscheidende Beschlüsse zu fassen. Der steirische Vertreter hat den Auftrag erhalten, jeder Benachteiligung bei der Verteilung der Gelder entgegenzutreten.

Wir sind stolz auf den Geist, den unsere Hochschulen ausstrahlen. Wissenschaft und Forschung empfangen dadurch immer wieder entscheidende

Impulse. Wenn der Schulbaufonds auch kein Allheilmittel ist, so können in den nächsten Jahren doch bedeutende Baumaßnahmen, die einem lang bekundeten Bedürfnis entsprechen, erwartet werden.

Ferner geht es uns um die Entlastung jener Gemeinden, in denen Mittelschulbauten durchgeführt werden und die Verpflichtungen übernommen haben, die über ihre Leistungsfähigkeit hinausgehen. Der Bau von weiteren Mittelschulen ist unerlässlich, ebenso die Errichtung einer Handelsakademie in der Obersteiermark. Die Bulme in Graz ist überfüllt, auch hier muß Abhilfe geschaffen werden.

Das Schul- und Bildungswesen wird in unserer Landespolitik daher einen breiten Raum einnehmen. Damit ist schon ausgesprochen, daß die geistigen Belange als unabdingbare Voraussetzung unserer wirtschaftlichen Kraft Vorrang haben. Die Folge davon ist eine Förderung des kulturellen Lebens nicht nur in den Zentren, sondern im ganzen Lande. Hier wissen wir uns eins mit vielen tausend ehrenamtlichen Sachwaltern, die in allen Gemeinschaften unser kulturelles Erbe pflegen und immer wieder Neues hervorbringen. Musik und Dichtung, darstellende und bildende Kunst, alles Ausdrucksformen unseres Geistes und unserer Zeit. Es ist uns genauso Verpflichtung, historische Stätten der Nachwelt zu erhalten wie sakrale Bauten zu fördern. Jedes Leben müßte verdorren, wenn der Mensch sich nicht aus seinem Alltag zum Schönen und Guten erheben könnte. Mit Geld allein ist hier nichts zu richten. Unser Sendungsbewußtsein wird nicht in Museen, die wir gerne pflegen und erhalten, sondern durch die Behauptung unserer Eigenart gestärkt, wenn heute auch unser Denken Großräumen zugeordnet werden kann. Europäer kann nur der sein, der die Quellen der Herkunft seines Volkes kennt und mit beiden Füßen auf dem Boden steht, auf dem Boden, der uns Heimat ist. Wir Steirer haben oft Gelegenheit, diese Gesinnung unter Beweis zu stellen, ob im kleinen oder im großen.

Die Zentralisten in Wien sind fleißig an der Arbeit, um unser Recht zu beschneiden. Wir sind daher häufig im Konflikt mit dem Bund, nicht, weil wir den Streit suchen, sondern da wir der Meinung sind, daß wir unsere Angelegenheiten selbst gut ordnen können. Dieses Bekenntnis ist mir Anlaß genug, zu betonen, daß wir nicht nachgeben werden, wenn unsere Länderhoheit immer wieder beschnitten werden soll. Wir sind daher auch nicht bereit, Archivalien aus dem steirischen Landesarchiv nach Jugoslawien auszuliefern. Ich rechne dabei mit der Unterstützung des Landtages, dem diese Frage in gleicher Weise am Herzen liegen wird.

Auch auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft wehren wir uns gegen alle zentralistische Tendenzen. Wir haben uns, gerade was die Nutzung unserer Wasserkraft anlangt, mit Erfolg zur Wehr gesetzt. Wir wollen auch weiter unsere Wasserkraft nach unserem Gutdünken nützen. Die fertiggestellten Kraftwerke an der Enns sind ein stolzes Ergebnis unserer bisherigen Elektrizitätspolitik.

In unserer Eigenständigkeit schließen wir uns vor der Welt nicht ab. Die Förderung des Fremdenverkehrs ist für uns ein wirtschaftliches Anliegen. Unser Land hat im Fremdenverkehr eine Zukunft, da der Erholungsuchende hier wirklich noch Ruhe und

Entspannung findet. Es liegt an den Fremdenverkehrsbetrieben und an der Bevölkerung, diese Möglichkeiten zu nützen. Der Fremdenverkehrs-Investitionsfonds und wie wir hoffen auch ERP-Gelder werden die Modernisierung der Betriebe ermöglichen. Es geht uns aber auch darum, viele Freunde in der freien Welt zu gewinnen, denn ein Grenzland braucht diese mehr als jedes andere Land. Daher ist unsere Verkehrspolitik darauf ausgerichtet, die Steiermark für den Westen aufzuschließen. Besonders unsere Landeshauptstadt Graz braucht bessere Verbindungen. Wir können nicht damit rechnen, daß die Autobahn Süd in kurzer Zeit verwirklicht wird. Wir verlangen aber dringlich das Teilstück Graz—Gleisdorf, um die Verbindung mit Wien zu verbessern.

Die Prebichl-Nordrampe und die Eisen-Bundesstraße warten auf den von uns geforderten Ausbau. Auch im Mur- und Mürztal, im Palten- und Liesingtal und in anderen Gebieten sind noch Strecken offen. Auch schnellere und bessere Bahnverbindungen brauchen wir; vor allem nach Deutschland und Italien, und hier im besonderen nach Triest und nach Jugoslawien, um aus dem Süden und Westen Fremde heranzubringen.

Durch den unausweichlichen innerösterreichischen Flugverkehr kann die Landeshauptstadt mit einer weiteren vorteilhaften Erschließung rechnen. Es wird nicht mehr lange dauern und große Transportmaschinen werden Tausende von Urlaubern aus Übersee nach Österreich bringen. Sie werden in Wien landen und es wird eines intensiven Wirkens bedürfen, um einen Teil dieser Reisenden in die Steiermark zu bringen.

Alle Förderungsmaßnahmen kommen daher der gesamten Wirtschaft zugute. Nichts wird uns in den Schoß fallen. Wie zu alten Zeiten werden wir auch fernerhin um jeden Erfolg ringen müssen.

Die Besorgung der Aufgaben des Landes wird in den Händen der gewählten Mandatäre und der Beamtenschaft liegen. Ein Stab guter, ausgebildeter Fachleute steht in unseren Diensten. Gute junge Kräfte stoßen nach. Ohne große Beschlüsse werden wir Sparsamkeit walten lassen und keine Vermehrung von Dienstposten vornehmen. Die Verwalter wird auch in Hinkunft für uns kein Selbstzweck sein. Wir haben darauf zu achten, daß der Wirtschaft nicht unnötigerweise produktive Kräfte entzogen werden. Eine solche Haltung sind wir der Wirtschaft schuldig.

Wenn wir es auch nicht wahrhaben wollen, leben wir in einer glücklichen Zeit, die zwar reich an Problemen ist, die aber zu meistern sind. Wenn auch viele Wünsche offen sind, so ist dies nicht zuletzt auch ein Beweis dafür, daß unser Land in seiner Substanz gesund ist und seine Menschen vorwärtsstreben.

Möge uns der Herrgott seinen Segen geben, damit wir neue Werke schaffen können! Die Geschichte ist ein unbarmherziger Richter. Sorgen wir dafür, daß wir um der Menschen willen vor ihr bestehen können. Die Heimat ruft uns zur Arbeit, ihr wollen wir dienen, denn sie gehört uns allen! (Anhaltender lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Präsident: Wir schreiten nun zur

Wahl der Bundesräte.

Der Steiermärkische Landtag hat wie in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode 7 Mitglieder in den Bundesrat zu entsenden. Für jedes Mitglied des Bundesrates wird ein Ersatzmann bestellt.

Die Mitglieder des Bundesrates und ihre Ersatzmänner werden von den Landtagen nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt.

Demnach entfallen auf die Österreichische Volkspartei 4 und auf die Sozialistische Partei Österreichs 3 Bundesratsmandate.

Von der Österreichischen Volkspartei werden als Mitglieder des Bundesrates vorgeschlagen:

OR. Hans Bischof, OR. Fritz Ertl, Otto Hofmann-Wellenhof, Peter Hirsch.

Als Ersatzmänner:

Hans Schrotter, Franz Tatscher, Walter Neubauer, FJ. Rudolf Müller.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei ist angenommen.

Von der Sozialistischen Partei Österreichs werden vorgeschlagen als Mitglieder:

Stephanie Psonder, Dr. Josef Reichl, Leopoldine Pohl.

Als Ersatzmänner:

LR. Maria Matzner, Hans Bammer, Lieselotte Pomberger.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei Österreichs ist angenommen.

Ich ersuche die Klubobmänner, falls sie hiezu ermächtigt sind, zu erklären, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmänner die Wahl annehmen.

Landeshauptmann **Krainer:** Ich erkläre namens der gewählten Bundesräte OR. Bischof, OR. Ertl, Hofmann-Wellenhof und Hirsch, daß sie die Wahl annehmen.

Landesrat **DDr. Schachner-Blazizek:** Ich erkläre namens der gewählten Bundesräte Stephanie Psonder, Dr. Josef Reichl und Frau Leopoldine Pohl, daß sie die Wahl annehmen.

Wir kommen nun zum letzten Punkt der heutigen Tagesordnung:

Wahl der Landtagsausschüsse.

Ich schlage vor, wieder folgende Landtagsausschüsse zu wählen:

- einen Finanzausschuß,
- einen Kontrollausschuß
(mit je 15 Mitgliedern und ebensovielen Ersatzmännern);
- einen Gemeinde- und Verfassungsausschuß
(bestehend aus 9 Mitgliedern und 9 Ersatzmännern);
- einen Fürsorgeausschuß,
- einen Landeskulturausschuß,

einen Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß, und einen Volksbildungsausschuß
(mit je 7 Mitgliedern und ebensovielen Ersatzmännern).

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesen Vorschlägen einverstanden sind, eine Hand zu erheben.

Diese Vorschläge sind angenommen.

Wenn keine Einwendungen vorgebracht werden, verlese ich die mir zugekommenen Wahlvorschläge und lasse über die Vorschläge der einzelnen Parteien getrennt abstimmen.

Ich stelle fest, daß dagegen kein Einwand vorgebracht wird.

Die **Österreichische Volkspartei** schlägt vor:

für den **Finanzausschuß**

als Mitglieder die Abgeordneten Stöffler, Gottfried Brandl, DDr. Stepantschitz, Dr. Kaan, Dr. Pittermann, Pabst, Hegenbarth, Koller,

als Ersatzmänner die Abgeordneten Prenner, Krempl, Dr. Aßmann, Neumann, Ing. Koch, Karl Lackner, Edda Egger, Pölzl;

für den **Kontrollausschuß**

als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Kaan, Dr. Pittermann, Hegenbarth, Koller, DDr. Stepantschitz, Kraus, Karl Lackner, Gottfried Brandl,

als Ersatzmänner die Abgeordneten Stöffler, Pabst, Neumann, Pölzl, Edda Egger, Krempl, Lafer, Berger;

für den **Gemeinde- und Verfassungsausschuß**

als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Rainer, Gottfried Brandl, Lafer, Hegenbarth, Dr. Kaan,

als Ersatzmänner die Abgeordneten Stöffler, Prenner, Dr. Pittermann, Kraus, Neumann;

für den **Fürsorgeausschuß**

als Mitglieder die Abgeordneten Edda Egger, Hegenbarth, Krempl, DDr. Stepantschitz,

als Ersatzmänner die Abgeordneten Gottfried Brandl, Neumann, Dr. Rainer, Dr. Aßmann.

für den **Landeskulturausschuß**

als Mitglieder die Abgeordneten Lafer, Gottfried Brandl, Dr. Kaan, Karl Lackner,

als Ersatzmänner die Abgeordneten Hegenbarth, Kraus, Koller, Dr. Aßmann;

für den **Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß**

als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Kaan, Neumann, Ing. Koch, Krempl,

als Ersatzmänner die Abgeordneten Prenner, Dr. Aßmann, Stöffler, Gottfried Brandl;

für den **Volksbildungsausschuß**

als Mitglieder die Abgeordneten Egger, DDr. Stepantschitz, Kraus, Neumann,

als Ersatzmänner die Abgeordneten Koller, Dr. Kaan, Pölzl, Krempl.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Die Sozialistische Partei Österreichs schlägt vor:

für den Finanzausschuß

als Mitglieder die Abgeordneten Bammer, Ileschitz, Hofbauer, Vinzenz Lackner, Hans Brandl, Wurm, als Ersatzmänner die Abgeordneten Klobasa, Heidinger, Gruber, Zinkanell, Lendl, Schlager;

für den Kontrollausschuß

als Mitglieder die Abgeordneten Wurm, Gruber, Zinkanell, Hans Brandl, Klobasa, Zagler, als Ersatzmänner die Abgeordneten Bammer, Vinzenz Lackner, Edlinger, Schlager, Ileschitz, Lendl;

für den Gemeinde- und Verfassungsausschuß

als Mitglieder die Abgeordneten Gruber, Bammer, Fellinger, Schlager; als Ersatzmänner die Abgeordneten Hofbauer, Heidinger, Zinkanell, Vinzenz Lackner;

für den Fürsorgeausschuß

als Mitglieder die Abgeordneten Lendl, Fellinger, Zagler, als Ersatzmänner die Abgeordneten Heidinger, Hofbauer, Schlager;

für den Landeskulturausschuß

als Mitglieder die Abgeordneten Hans Brandl, Zinkanell, Edlinger, als Ersatzmänner die Abgeordneten Schlager, Klobasa, Heidinger;

für den Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß

als Mitglieder die Abgeordneten Vinzenz Lackner, Wurm, Gruber, als Ersatzmänner die Abgeordneten Hans Bammer, Edlinger, Ileschitz;

für den Volksbildungsausschuß

als Mitglieder die Abgeordneten Heidinger, Klobasa, Bammer, als Ersatzmänner die Abgeordneten Wurm, Zinkanell, Lendl.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei Österreichs zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

für den Finanzausschuß

als Mitglied den Abgeordneten Scheer, als Ersatzmann den Abgeordneten DDr. Hueber;

für den Kontrollausschuß

als Mitglied den Abgeordneten DDr. Hueber, als Ersatzmann den Abgeordneten Scheer.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Damit haben wir die heutige Tagesordnung erledigt.

Unter Hinweis auf die Bestimmung des § 6 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ersuche ich die Abgeordneten, die Wahlscheine in der Landtagspräsidialkanzlei abzugeben. Von dieser Kanzlei wird auch jedem Abgeordneten über seinen Wunsch ein Ausweis mit Lichtbild ausgestellt.

Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß Mitglieder des Steiermärkischen Landtages gemäß § 22 der Landesverfassung und § 7 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages folgende Stellen nur mit Zustimmung des Steiermärkischen Landtages bekleiden dürfen:

Leitende Stellen in einer Aktiengesellschaft, einer auf den Gebieten des Bankwesens, des Handels, der Industrie oder des Verkehrs tätigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einer gemeinwirtschaftlichen Anstalt oder einem Landeskreditinstitut; insbesondere Stellen im Vorstände, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat oder Direktionsrat einer Aktiengesellschaft oder in der Geschäftsleitung oder im Überwachungsausschuß in der gemeinwirtschaftlichen Anstalt oder in der Geschäftsleitung (Kuratorium, Direktion oder dergleichen) einer Landeskreditanstalt, ferner die Stelle eines Geschäftsführers oder Mitgliedes des Aufsichtsrates einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung der bezeichneten Art oder einer Versicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit mit Ausnahme der Landesversicherungsanstalten.

Mitglieder des Landtages, die eine solche Stelle bekleiden, haben innerhalb eines Monats nach erfolgtem Eintritt in den Landtag und, wenn die Bestellung zu einer solchen Stelle erst nach erfolgter Wahl geschah, innerhalb eines Monats nach der Bestellung dem Präsidenten des Landtages hievon die Anzeige unter Angabe der Bezüge zu erstatten.

Ich gebe noch bekannt, daß die soeben gewählten Landtagsausschüsse gleich nach dieser Sitzung im Zimmer Nr. 56 ihre konstituierenden Sitzungen abhalten werden, und zwar in folgender Reihenfolge: Finanzausschuß, Kontrollausschuß, Gemeinde- und Verfassungsausschuß, Fürsorgeausschuß, Landeskulturausschuß, Verkehrs- und volkswirtschaftlicher und Volksbildungsausschuß.

Ich ersuche daher zuerst die Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder des Finanzausschusses, sich in das Zimmer Nr. 56 zu begeben.

Die nächste Landtagssitzung wird im schriftlichen Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung um 13 Uhr.)